



HESSISCHER LANDTAG

22. 08. 2017

Plenum

Antrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend Zeichen gegen Atomwaffen setzen - friedenspolitisches Engagement und Aufklärung unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

I.

Der Hessische Landtag stellt fest, dass der Fortbestand von Atomwaffen eine der größten Gefahren für die Sicherheit der gesamten Menschheit ist.

Der Hessische Landtag bekräftigt die Verantwortung allen staatlichen Handelns, dafür zu sorgen, dass Atomwaffen beseitigt werden und jeder Einsatz dieser Waffen verhindert wird.

Der Hessische Landtag erinnert an Art. 69 der Hessischen Verfassung: "Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet. Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig."

Der Hessische Landtag ist tief besorgt über die neuerlichen Anzeichen einer drohenden nuklearen Konfrontation und die katastrophalen Folgen eines jeden Einsatzes von Atomwaffen.

Der Hessische Landtag begrüßt, dass im Rahmen der Vereinten Nationen (UN) im Juli 2017 123 Staaten für einen "Vertrag über das Verbot von Kernwaffen" gestimmt haben.

Der Hessische Landtag begrüßt die weltweite Initiative der "Mayors for Peace" (Bürgermeister für den Frieden), der 7.000 Städte und Gemeinden aus über 160 Ländern angehören. Die Mitgliedschaft von rund 470 Kommunen in Deutschland - darunter 40 in Hessen - versteht der Hessische Landtag als einen wichtigen Beitrag zur internationalen Ächtung und Beseitigung von Atomwaffen.

II.

Der Hessische Landtag ruft die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, den "Vertrag über das Verbot von Kernwaffen" zu ratifizieren.

Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, an die Bundesregierung zu appellieren, aus der NATO-Strategie der "nuklearen Teilhabe" auszusteigen und zukünftig einen Einsatz von Atomwaffen durch Bundeswehrgesellschaft weder einüben zu lassen noch Trägersysteme dafür bereitzustellen und auch keine anderweitige Unterstützung für den Einsatz oder die Vorbereitung des Einsatzes zu leisten.

Der Hessische Landtag appelliert an die Landes- und Bundesregierung, sich für einen Abzug der US-Amerikanischen Atomwaffen aus Büchel in der Eifel einzusetzen und keine Stationierung neuer US-Amerikanischer Atomwaffen in Deutschland zuzulassen.

Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich für ein Verbot der Urananreicherung und Zentrifugentechnik einzusetzen. Der Export von Atomwaffentechnik aus Deutschland muss aufhören.

Der Hessische Landtag ruft die hessischen Städte, Kreise und Gemeinden dazu auf, sich dem Bündnis "Mayors for Peace" (Bürgermeister für den Frieden) anzuschließen.

Der Hessische Landtag bittet das Hessische Kultusministerium zu überprüfen, ob die Aufklärung über die Gefahren von Atomwaffen in hinreichendem Maße im hessischen Regelschulunterricht verankert ist.

Begründung:

Der Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und der Volksrepublik Nordkorea drohte sich im August kurzzeitig zu einer nuklearen Konfrontation auszuweiten. Am 7. Juli 2017 hingegen wurde im Rahmen von den Vereinten Nationen (UN) über einen "Vertrag über das Verbot von Kernwaffen" abgestimmt. 123 Staaten sprachen sich für die Annahme dieses Vertragswerkes aus. Der Vertrag wird ab dem 20. September 2017 zur Unterzeichnung bereitstehen. Die Bundesregierung weigert sich, den Vertrag zu unterzeichnen. Vor diesem Hintergrund ist der Hessische Landtag gehalten, ein unmissverständliches Zeichen für die Ächtung und Beseitigung der Atomwaffen in der Welt zu setzen und friedenspolitische Aufklärung und Engagement zu würdigen und zu unterstützen.

Wiesbaden, 22. August 2017

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler